lautstark! antifa-zeitung #19

Oktober 2011

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern
info@antifa.ch
www.antifa.ch

AKW ADE

Warum der Schrottreaktor Mühleberg noch immer am Netz ist und wer damit Geld verdient. schwinden.

Seite 2

Stagnation am rechten Rand

Ein Blick auf das Jahr 2010 zeigt, dass die Extreme Rechte dahinsiecht während die SVP triumphiert.

Seite 4-6

Christliche Rechte

«Christen für die Wahrheit» und Gesocks: Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben.

Seite 7

Rechte Renaissance in Genf

Mehrere Gruppen rechts der SVP probieren in Genf Fuss zu fassen

Lange galt in der Deutschschweiz Genf als eine linke Stadt mit vielen besetzten Häusern und kaum Problemen mit Rechtsextremismus. Nicht nur, dass inzwischen viele Häuser geräumt wurden und sich die SVP auch in Genf etablierte – es spriessen immer neue rechtsextreme Gruppierungen hervor.

Durch ihre Wahlerfolge hat es die rechtspopulistische «Mouvement des Citoyens Genevois» (MCG) – zu deutsch etwa Genfer Bürgerbewegung – bis in die Schlagzeilen der Deutschschweizer Medien geschafft. So gelang ihnen im April 2011 durch ihren Einzug in das Stadtparlament von Genf die langjährige Mehrheit der Sozialdemokraten, Grünen und kleineren linken Gruppierungen zu brechen.

Gepunktet hat die lokale Gruppierung, welche von einer Expansion in die ganze Romandie träumt, wie viele ihrer europäischen Kameraden, mit Hetzte gegen Ausländer_innen. Speziell bei der MCG ist, dass sie vor allem auch gegen die «Frontarliers» – die Grenzgänger, welche im nahen Frankreich leben und in Genf arbeiten – verbal schiesst, dies auch weil Ausländer, welche seit acht Jahre in Genf leben abstimmen können. Da wirkt sich Hetze gegen Ausländer_innen die in Genf leben weniger positiv auf das Wahlergebnis aus als anderswo.

Obwohl die Postionen der Partei klar mit denen anderer rechtsextremer Parteien vergleichbar sind, propagiert die MCG, dass sie weder links noch rechts seien, sondern einfach für Genfer sind.

Dies gipfelt in einem weinerlichen Aufruf des Kantonsparlamentariers Monsieur Mauro Poggia, in dem er der Welt mitteilt, dass er es satt habe, als Faschist bezeichnet zu werden. Dies steht sogar prominent zuoberst auf ihrer Internetseite. Wir können ihm nur raten, seine politischen Positionen mit derer Rechtsextremen zu vergleichen und dann hoffentlich zu überdenken, aber solange dies nicht geschehen ist, sagen auch wir: «Fasciste!»

Weltuntergangszenen per Video

In das einfache Weltbild der MCG passt auch ein Video, das von der Jugendsektion der MCG produziert wurde. Es zeigt mit apokalyptischen Bildern und dramatischer Musik eine völlig stereotypische Drogenhandelgeschichte, in der die junge Drogenabhängige stirbt. So weit so tragisch, kommt leider öfters mal vor. Aber die einzige Lösung, die sie im Video anbieten, ist eine bessere Grenzkontrolle. So wäre alles wieder in Ordnung. Dass eine bessere Aufklärung oder Drogenanlaufstellen, welche das Leben hätten retten können, der von dem MCG geforderten rigorosen Sparkurs zum Opfer fiel, wird zynischerweise nirgends erwähnt.

Der Erfolg des MCG erstaunt insofern, als dass die meisten anderen kleinen rechtsaussen Partien in den neunziger Jahren von der SVP aufgesaugt wurden. Und es ist nicht etwa so, dass die SVP im Kanton Genf weniger extrem wäre. So schalteten sie Inserate in einem Abstimmungskampf um eine neue Eisenbahnverbindung zwischen dem französischen Annemasse und Genf zu verhindern, in welchem sie alle Einwohner und Einwohnerinnen der savoyischen Stadt als «Racaille», also Gesindel bezeichneten. Dieses Wort dürften sie der Wahlkampagne von Nicolas Sarkozy geklaut haben, der damit die Einwohner und Einwohnerinnen der Vorstädte beleidigte. In rassistischen und populistischen Belangen ist die SVP also sehr europäisch.



Im Zuge des Erfolges der MCG will sich nun der ehemalige Nationalrat der Schweizer Demokraten, Bernhard Hess, mit ihnen und der Lega dei Ticinesi verbünden um das Überbleibsel seiner Partei zu retten.

Jeunes Identitaires genevois – eine Kopie aus Frankreich

Mit durch ein Megafon kreischenden Lauten, welche einen Muezzin nachahmen sollten, wollten einige Mitglieder der «jeune identitaires genevois» die Anwohner des Genfer Quartiers Le-Petit-Saconnex für die Minarettinitative gewinnen. In ihrem Kanton stimmte zwar im Gegensatz zur Restschweiz die Mehrheit nicht so, wie es sich die Identitaires vorstellten. Diese Aktion lenkte jedoch schweizweit den Blick der Medien auf diese kleine Gruppe rechtsextremer Genfer und Genferinnen.

Diese Gruppierung entstand in Anlehnung an die vielen regionalen «Idenditaires»-Gruppen in Frankreich. Somit haben sie viel Kontakt ins westliche Nachbarland und werden stark von dort beeinflusst. Der Chef der Genfer Truppe, Jean-David Cattin, der einen Bachelor in Wirtschaft hat, ist als erster Nicht-Franzose im Vorstand des «bloc identitaire» vertreten. Jean-David Cattin war auch Redner an einer Antiislamisierungsdemonstration am 14. Mai 2011 in Lyon. Im Rahmen dieser Demonstration griffen Faschos viele Linke und Ausländer_innen an, dabei wurden duzende Leute teilweise schwer verletzt. Passend dazu gratulierte Cattin, Oberleutnant der Schweizer Armee, in seiner Rede den griechischen Neonazis, welche auf grausamste Weise Mirgant_innen in Athen attackierten.

Auch sie geben sich modern und sprechen um ihre Abneigung gegen andersfarbige Menschen kundzutun nicht mehr davon, dass sie die weisse Rasse schützen wollen, sondern frei

Editorial

Liebe Leserin, Lieber Leser

Wo wir stehen und gehen treffen wir in den letzten Tagen und Wochen auf Wahlplakate in sonderbarem Einklang. Von links bis rechts werden nationalistische Töne angeschlagen: „Für die Schweiz“ „Aus Liebe zur Schweiz“ und „Wir kümmern uns um die Schweiz“ sind die Parolen des diesjährigen Wahlkampfes. Wenn man die mobilisierende und zerstörerische Kraft des Nationalismus nicht kennen würde, könnte man sich eines fragen: Glauben die eigentlich wir seien schwer von Begriff? Es ist doch klar, dass hier das Schweizer Parlament – und nicht das deutsche, schwedische oder nigerianische Parlament gewählt wird. Und wenn unbedingt „für die Schweiz“ warum eigentlich nicht „für die Menschen in der Schweiz“?
Die Kandidierenden wollen ganz offensichtlich nicht für Menschen – jedenfalls nicht für alle – da sein. Mindestens zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung sind für die Parteien momentan sowieso völlig uninteressant. All diejenigen ohne Schweizer Pass, die vom politischen System ausgeschlossen sind, fallen auch als potentielle Wählerinnen und Wähler weg. Und bei den restlichen achtzig Prozent sind die Parteien offenbar davon überzeugt, dass sich diese (wieder) einen starken Bezug zum Nationalen wünschen. Und haben damit wahrscheinlich sogar recht. Hinzu kommt eine Prise Opportunismus, eine Prise Werbestrategie und Prise eigene Angst vor der „globalisierten Welt“: Und schon ist die nationalistische Suppe wieder gehörig am köcheln. Alarmierend dabei ist, dass in diesem Gebräu mittlerweile Slogans und politische Anliegen von sogenannten Mitteparteien vertreten werden, die früher noch ein Exklusivanliegen von Neonazis und Rechtspopulisten waren. Insbesondere in der Flüchtlings- und Ausländerpolitik. So erstaunt es nicht, dass der Blick zurück auf das Jahr 2010 (4 bis 6) vor allem deutlich macht, dass der härteste Konkurrent (oder der engste Partner) der Neonazis – je nachdem wie man es betrachtete – die SVP ist.

Viel Spass beim Lesen!

Antifa Bern

nach Huntington, dass ihnen die europäische Kultur am Herzen liege. Sie waren es auch, die den jurassischen SVP-Nationalrat und Ex(?)-Neofaschisten Dominique Bättig 2010 zum «Identitaire»-Treffen ins provenzalische Orange mitnahmen.

Nach eigenen Angaben besteht diese Gruppe aus lediglich 25 Mitgliedern, deren Ziel es ist, alles nicht europäische auszuschaffen. Würde man Jean-David Cattin, ein glühender Verehrer der Märchenfigur Winkelried, glauben, dürfte dies kein Problem darstellen, da die «Schweizer ein Volk von Krieger» seien. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass sie in einer selbstkonstruierten Scheinwelt leben.

Erfolglose Wahlteilnahme

Im April 2011 kandidierten zwei Personen für die «Identitaires» in der Genfer Vorstadt Grand-Saconnex für das kommunale Parlament. Doch weder die 21-jährige zweifache Mutter Megan Kelly, noch ihr 22-jähriger Lebenspartner Benjamin Perret, welcher sich im Wahlkampf selber als Anstifter der weiter oben erwähnten Muezzinaktion bezeichnet, schafften die Wahl. Benjamin Perret gilt auch als Mitbegründer der Genfer Sektion der französischen «Identitaires». Sie kandidierten für die, aus der «Jeune Identitaire» hervorgegangenen Mouvement Identitaires Genevois. Wenn die nicht mehr bei den Jungen mitmachen, wie jung sind dann die Mitglieder der Jeunesse?

Da sind sie ihren Kameraden der PNOS, welche seit Jahren einen Trottel ins Langenthaler Parlament schicken können, einen Schritt hinterher. Sie arbeiten auch nur partiell zusammen und geben es auch nicht gerne zu. Dass eine Zusammenarbeit der beiden Grüppchen existiert, musste sich das waadtländische PNOS-Mittglied Phillippe Brennenstuhl gegenüber der Westschweizer Tageszeitung «le matin» eingestehen. Speziell an den Aussagen ist, dass Brennenstuhl meint, der grösste Unterschied sei, dass die PNOS in ländlichen Gebieten aktiv sei, die «Identitaires» jedoch eine urbane Gruppierung darstellten.

Ihr Ziel ist es nun, in Grand-Saconnex eine Volksinitiative gegen nach Mekka gerichtete Grabfelder zu lancieren, sich somit besser in der Stadt zu verankern um dann bei den kantonalen Wahlen 2013 gewählt zu werden. In diesem Jahr bleiben sie uns bei den Nationalratswahlen erspart. In ihrem Hass fühlen sie sich scheinbar schon durch Tote bedroht und hetzen gegen Leichen.

Eine Spezialität der «Identitaire”-Bewegung ist das Eröffnen von vielen Websites mit jedoch immer gleichem Inhalt, sei es auf den einzelnen regionalen Seiten oder auf speziellen Kampagnenseiten, wie die der «Autre Jeunesse». Nicht nur online sondern auch mit ihrer Corporate Identity wollen die «Identitaires” modern wirken und so vor allem Jugendliche mit ihrer tödlichen Ideologie anstecken.

Kleine unkonforme Ex-Redskins

Am 25. März 2011 hielt Gianluca Iannone als Vertreter des von italienischen Faschisten in Rom besetzten Hauses «Casa Pound» einen Vortrag in Genf. Dieser Vortrag wurde durch die GNC organisiert, da zeigt sich schnell wer ihre Vorbilder sind. Sie brachte ausser einem kleinen Konzert, das auf Grund antifaschistischen Drucks in einem kleinen klandestinen Keller abgehalten werden musste, nicht viel zu Stande.
Sie behaupteten bisweilen auch, dass sie ihrem italienischen Beispiel folgend, Häuser besetzten. Diese Squats existieren zum Glück nur in den Träumen der Faschos.
Die Gruppe besteht aus rund einem Dutzend Neonazis, darunter sind einige ehemalige Redskins, welche zu den Faschisten überliefen.
Für die Gruppe sprach am 8 Mai in Frankreich Christophe Sigg an der ersten «inter-national-Solidariste»-Veranstaltung. Diese Tagung gliedert sich an die alljährlich am 9. Mai in Paris stattfindenden Nazidemo an. Sigg ist einer unter fünf Rechtsextremen aus vier Ländern, die den dritten Weg feiern wollen. Sie konstruieren aus ihrer faschistischen Ideologie heraus eine Querfront um ihr antiquiertes Weltbild zu kaschieren und sich als neue unverbrauchte Kraft zu profilieren. Das Konzept des «Ich-bin-weder-rechts-noch-links», welches schon Benito Mussolini verwendete, scheint in der Calvinstadt en vogue zu sein.

Christophe Sigg zeichnet mit grosser Wahrscheinlichkeit auch für den Blog «Cercle Futur», der den GNC nahe steht, verantwortlich. Er schreibt nicht nur viele Artikel, sondern registrierte auch die Adresse des Blogs bei weiteren Blogsoftwareanbietern auf seinen Namen. Auf den ersten Blick sieht man auf dem Blog die Links zu anderen faschistischen Organisationen. Es sind vor allem französische Gruppierungen, des weiteren verweist die Seite auch auf die PNOS und zur Homepage des erwähnten besetzten Hauses in Rom.

Die Schreiber des Blogs sehen sich als rechte Intellektuelle an, wohl weil sie pro Artikel ungefähr drei Zeilen mehr als die PNOS schreiben können. Sie kleben deshalb ihre Flyer an Wände der Universität und präsentieren stolz Bilder ihrer heroischen Aktion im Internet.
Aber in ihren Texten schreiben sie völlig unwissenschaftlich. Sie beweinen einen bevorstehenden Untergang des Abendlandes. Und natürlich fehlt auch hier die Prise Antisemitismus nicht.

Insgesamt nehmen die Aktivitäten von Gruppierungen rechts der SVP in Genf stark zu. Dies steht im Widerspruch zur Situation in der Deutschschweiz, wo die allmächtige SVP alles rechts von ihr aufsaugt in dem sie ihre Forderungen übernimmt oder sogar übertrifft.

Es braucht in Calvingrad eine neue Bewegung, die sich dem Vormarsch der Rechten vehement in den Weg stellt.

AKW Mühleberg

Jusqu'ici tout va bien in Zone 1 + 2

Ob es bei Erscheinen dieses Artikels die «Mühleberg AUSsitzen»-Sitzblockade vor dem Schrottreaktor zwecks Verhinderung der Wiederinbetriebsnahme durch Blockierung der Revisions-, Nachrüstungs- und Reparaturarbeiten noch gibt, ist unklar. Klar ist nur, dass das AKW Mühleberg wohl trotz gravierender Mängel, unsinnigen Flickarbeiten und mit dem zweifelhaften Segen des ENSIschon fast wieder am Netz ist und dass am 28. September der Ständerat den vom Nationalrat beschlossenen (langfristigen) Atomausstieg wohl massiv verwässern wird. Und dass bis zum nächsten ENSI-Sicherheitsnachweis-Termin im März 2012* ENSI, BKW und die Atomlobby tun werden, was sie immer tun: Mühleberg aussitzen.

Das einzig «Schöne» am Schrottreaktor Mühleberg und der herrschenden Atomenergie-Politik: Die Enthüllungen, Skandale, Behauptungen und faulen Ausreden sind trotz des ernsten Hintergrundes eigentlich sehr unterhaltsam und überraschen selbst hartgesottene AKW-Gegner_innen immer wieder aufs Neue. In der Bananenrepublik der Energiekonzerne und der Atomlobby ist im Prinzip alles möglich. Der Aufsichtsbehörde, dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI, wird dabei die Rolle des zigarrenrauchenden und redenschwingenden korrupten El Presidente in Gardeuniform zuteil, der sich wie in unzähligen miesen B-Movies von den Energiekonzernen BKW, Axpo, Alpiq und der Atomlobby Luxus-Lebensstil und Altersvorsorge finanzieren lässt und dafür die Bevölkerung mit Zuckerbrot und Peitsche in Schach hält.

Good News von BABS + Co.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: eine interdepartementale Arbeitsgruppe untersucht dieser Tage «im Lichte der Ereignisse in Japan», ob allenfalls neue Notfallschutzmassnahmen im Falle eines AKW-Unfalls ergriffen werden müssten. Anhand der geprüften Unfallszenarien sollen Konsequenzen bezüglich Zoneneinteilung, Evakuierungsplanungen und der Vorbereitung von Einsatzkräften gezogen werden. Währenddessen über- und erarbeitet das BABS (Bundesamt für Bevölkerungsschutz) nach mehr als 40 Jahren Schweizer AKW-Betrieb Vorgaben für die Evakuierung der Bevölkerung, die neu auch die hunderttausenden Menschen der Zone 2 (20km-Radius um AKW) berücksichtigen. Gemeinsam mit der ETH Zürich simuliert das BABS «grossräumige Evakuierungen anhand von Computermodellen»...

Nach uns die Sintflut – luftkompaktgekühlt

Während sich die Pro-AKW-Politiker_innen dieser Tage mit der Aussicht auf «AKWs der 4. Generation» trösten – auch bekannt als das «Thorium-Märchen» – und damit erneut versuchen, die Erneuerbaren Energien zu sabotieren, werkelt und wurstelt die BKW – gedeckt und ermuntert vom ENSI – vor sich hin und am Schrottreaktor Mühleberg herum. Sie ergreift Hochwasserschutzmassnahmen anhand eines veralteten Hochwasser-Szenarios, weigert sich (aus Kostengründen), den pro forma mit Zuganker «reparierten» Kernmantel mit Rissen zu ersetzen, bastelt an einer untauglichen Notkühlwasser-Zufuhr und präsentiert diese als sinnvolle Lösung. Der als Notkühlung gedachte Luft-Kompaktkühler hängt an der gleichen Notstromleitung wie die Hauptkühlung und die Frage, woher die mobilen Notfall-Wasser-Pumpen bei einem Hochwasser oder Erdbeben dass Wasser her nehmen würden, wird mit dem vertraueneinflössenden Satz «Man würde das Wasser dort nehmen, wo man es noch findet», beantwortet...

Geld und Prestige

Der Reaktor soll wieder ans Netz – koste es, was es wolle und wenn nötig auch halblegal. Die Chance auf eine Laufzeitverlängerung trotz gravierenden Mängeln winkt verlockend. Kein Wunder, bei einem dank bundesrätlichem Pseudo-Atomausstieg noch für mindestens 10 Jahre zu erwartenden Jahresgewinn von plusminus 100 Mio CHF, also grosszügig abgerundeten 250 – 270'000 Franken pro Tag... Das wäre bis 2022 – der vermutlich endgültigen Ausserbetriebnahme – eine flotte Milliarde Gewinn.

Die BKW (ebenso das ENSI) investiert aber nicht nur in den Schrottreaktor, sondern auch in die eigene mediale Vermarktung. Während sich die BKW allein die PR-Arbeit im Zusammenhang mit der Wiederinbetriebnahme von Mühleberg zusätzlich mindestens 1,2 Mio kosten lässt, hat sich das ENSI einige neue PR-Leute geholt. Eine erfolgreiche Strategie: mit ganzseitigen Inseraten, neuen Internetauftritten und regelmässigen Communiqués wird die gutgläubige Öffentlichkeit eingelullt und besänftigt.

Mühleberg besetzen?

Angesichts der Bedrohung für über 500'000 Menschen aus den Regionen Bern, Biel und Fribourg müsste mensch ja eigentlich das AKW Mühleberg besetzen und selbstbestimmt endgültig ausser Betrieb nehmen. Angesichts des mit Schusswaffen bewaffneten Werkschutzes ist das aber wohl keine so gute Idee. Deshalb müssen wir uns andere Strategien einfallen lassen. Und vor allem viele neue Leute motivieren, mitzuhelfen, Druck aufzubauen und den Druck zu steigern.
Fokus Anti-Atom könnte neue, technisch versierte und recherche-geduldige Mitglieder gebrauchen, die mithelfen, technische Analysen zu machen, Vorträge zu halten und die skandalöse Praxis der Atomenergiekonzerne, des ENSI, der Behörden und der Atomlobby in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

Auch AKW-ADE und «Mühleberg AUSsitzen sowie andere Gruppen könnten Verstärkung gebrauchen, denn angesichts der herrschenden Realität wird es in Zukunft wohl noch viele Aktionen und einige Sitzblockaden benötigen. Oder Artikel wie diese.

Bleibt zu hoffen, dass das AKW entweder nie mehr ans Netz gehen darf oder spätestens Ende März 2012 wegen zu grosser Mängel wieder ausser Betrieb genommen wird. Das wäre der Fall, wenn das ENSI korrekt arbeiten und alles mit rechten Dingen zu und her gehen würde. Aber äbä...

AKW-ADE.CH
AG Grindcore

* Nachweis der Beherrschung des 10'000-jährlichen Erdbebens und Nachweis der Beherrschung der Kombination von Erdbeben und erdbebenbedingtem Versagen der Stauanlagen im Einflussbereich des AKW.

Massenverblödung stoppen!

SVP Plakate verhunzen



Seit Wochen macht es den Anschein, als werde die Schweiz von einer Einheitspartei regiert. An jeder Strassenekke, jeder Bushaltestelle und an jeder grauen Mauer diktiert die Schweizerische Volkspartei was „der Schweizer“ zu denken und zu wählen hat: Er muss die „Masseneinwanderung stoppen!“, das ist offenbar ein Befehl. Und er muss die SVP wählen ...sonst passiert was? Dass Frauen auch zum Urnengang zugelassen sind, ist der SVP dabei glatt entgangen.

Dies ist aber auch der einzige Lichtblick im Dunkeln. Die Plakatoffensive nervt gewaltig und konfrontiert einmal mehr mit der hetzerischen, selbstherrlichen und diskriminierenden Politik der SVP. Und nebenbei fragt man sich, ob dem ein oder anderen nicht doch noch ein Lichtlein aufgeht: Wenn diese „volksnahe“ Partei der „kleinen Leute“ mit geschätzten 15 Millionen Franken (die SP hat im Vergleich 1,5 Millionen für den Wahlkampf zur Verfügung) praktisch alle APG-Plakatwände über Wochen aufkaufen kann.
Aber Reichtum blendet und auf die Vernunft der Menschen ist leider auch kein Verlass.

Kleiner Aufwand – grosse Wirkung

Drum werden wir selber aktiv. Zu tun gibt es genug. Diese Plakate sollen nicht unkommentiert bleiben. Hierbei sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Die Aussagen von Wahlplakaten lassen sich meist mit kleinem Aufwand verändern. Manchmal reicht ein Wort, um den hetzerischen Inhalt in sein Gegenteil zu umzuwandeln. Mit Edding hingekritzelt oder mit eine Schablone aufgesprüht,. „Veränderungsprofis“ kleistern vorbereitete Plakatstreifen passgenau auf die Originalplakate, so dass der klei-n e Unterschied mit grosser Wirkung erst auf den zweiten Blick auffällt.

Wenn du beispielsweise die Buchstaben „Mas en- nw ung toppen“ rot übermalst, bleiben die Worte „“Sei anders!“ übrig. Über die Plakate „Schweizer wählen SVP“ kann einfach ein Balken mit den Worten „ich nicht!" geklebt werden. Oder man mache es so gründlich, wie die Mitglieder der alternative Liste Schaffhausen: Sie zogen mit Farbe und Rollen los und haben die SVP-Plakate von oben bis unten komplett weiss übermalt.

Ideen zum Nachmachen findest du unter

http://svpplakateverhunztexten.tumblr.com/

Noch leichter geht es mit dem fixfertigen Kleberset (bestellbar unter http://www.halts-maul.ch), das den wahren Kern aus den SVP-Plakaten schält: „Massenverblödung stoppen!“.





Stagnation am rechten Rand

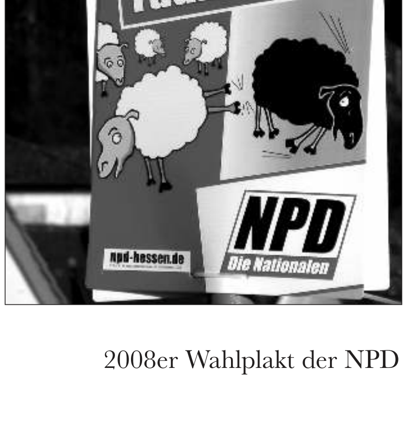
Die extreme Rechte der Schweiz im Jahr 2010

Die SVP triumphiert, Europas extreme Rechte applaudiert. Und trotzdem sind die organisierten Neonazis weiter am Grübeln: Sie können aus dem generellen Rechtsruck in der Schweiz kaum Kapital schlagen.

Ein streng hierarchisch aufgebauter, leaderorientierter und eingespielter Parteiapparat, eine prall gefüllte Parteikasse, eine für Schweizer Verhältnisse ungewohnt aggressive und aufdringliche Politwerbung und – nicht zuletzt – die Fähigkeit, die Mittel der direkten Demokratie geschickt als Druckpotenzial und Mobilisierungsmoment zu nutzen: Dies sind die Erfolgsbausteine der nationalkonservativen und rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP), die sich 2010 in blendender Verfassung zeigte und mit einem klugen Agenda-Setting sowie einem unverblümt fremdenfeindlichen und nationalistischen Campaigning eines ihrer liebsten Agitationsfelder, die Asyl- und Ausländerpolitik, klar dominierte. Mit durchschlagendem Effekt: 52,9 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer haben am 28. November der völkerrechtswidrigen SVP-Initiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» zugestimmt. Während sich Christoph Blochers SVP in ihrem Erfolg sonnen und sich ein Jahr vor den National- und Ständeratswahlen als attraktive Siegerpartei feiern lassen konnte, blieben der Linken und dem bürgerlichen Lager nur das gemeinsame Wundenlecken und der schmerzhafte Aufarbeitungsprozess.

Lob aus zweifelhafter Ecke

Längst verfolgt die extreme Rechte in Europa die Erfolgsgeschichte der SVP mit Bewunderung und versucht, deren Polit-Rezepte zu kopieren. Gross waren die Begeisterungsstürme aus den Parteizentralen des französischen Front National (FN), der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auch nach dem 28. November. Die FN-Chefin Marine Le Pen sah in der Annahme der Ausschaffungsinitiative «einen Sieg des Volkes über die Eliten». Die NPD warb auf Flugblättern und Postkarten umgehend mit dem «Vorbild Schweiz» und dem Wahlspruch «Mit kriminellen Ausländern kurzen Prozess machen». Und der EU-Delegationsleiter der FPÖ, Andreas Mölzer, lobte: «Den Schweizern ist zu ihrem Vorstoss im Fremdenrecht zu gratulieren.»



2008er Wahlplakt der NPD

Auch das einheimische Politspektrum rechts der SVP jubelte oder klopfte sich wie die Schweizer Demokraten (SD) ganz unbescheiden gleich selber auf die Schulter: «Ohne unsere Unterstützung (die Schweizer Demokraten haben im Abstimmungskampf weit über 200‘000 Sonderzeitungen zugunsten der Ausschaffungsinitiative unter die Leute gebracht!) wäre das Endergebnis wohl kaum so herausgekommen. Auch wenn die SVP-Direktion diese Tatsache vermutlich nicht wahrhaben will – ist dies die ungeschminkte Wahrheit!» Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) freute sich über das «solide Ja» und sah sich in ihren Positionen gestärkt: «Die Annahme der Initiative ist ein deutliches Zeichen für ein Umdenken in der Ausländerpolitik, das sicher auch der Partei zugutekommt.» Die Gruppierung Jeunes Identitaires Genevois liess sich, beflügelt vom Abstimmungsresultat, gar zur folgenden Hetztirade hinreissen: «Die aussereuropäischen Migrationsströme sind zu stoppen. Die Schweiz muss die Bevölkerungsgruppen, die in der Schweiz niemals ihren Platz finden werden, wieder in ihren Herkunftsländern ansiedeln.»

Übermächtige Volkspartei

Faktisch ist die Luft für Schweizer Demokraten, Autopartei, PNOS & Co. aber dünn geworden. Einzige Ausnahmen: die rechte Protestpartei Lega dei Ticinesi, die im Tessin seit 1991 mehr oder weniger erfolgreich politisiert, und das Mouvement Citoyens Genevois (MCG), das linke Sozialpolitik mit rechter Ausländerpolitik kombiniert und seine Fühler von Genf aus nun auch in andere Kantone der Romandie ausstreckt. Die rechtsextremen und nationalistischen Kleinparteien und Splittergruppen haben angesichts der übermächtigen, mitglieder- und finanzstarken SVP wenig zu lachen und stemmen sich gegen den Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit. Die rechtspopulistische Partei übertrifft die extreme Rechte nicht selten an Radikalität und Tonalität, kennt nur leichte Berührungsängste und saugt ungeniert auf, was am rechten Rand zu holen ist. Bereits im Jahr 2000 gab Christoph Blocher in der «Neuen Zürcher Zeitung» diesbezüglich den Takt vor: «Wenn die bürgerlichen Parteien richtig politisieren, darf es rechts von ihnen keine Partei geben.»
Auch machen sich verschiedene SVP-Exponenten kaum mehr die Mühe, sich öffentlich von Neonazis und Naziskins abzugrenzen – oder legen bei Auftritten im Ausland gar jede Scheu ab. Einige Beispiele: In einer im Februar lancierten und auch von Bundesrat Ueli Maurer unterzeichneten Petition zum Erhalt der traditionellen Schlachtfeier in Sempach etwa betitelte die Luzerner SVP die jeweils am Umzug mitmarschierenden Neonazis grob verharmlosend als «friedliche und anständige junge Patrioten». In der Debatte im Luzerner Kantonsrat Ende Januar hatte der SVP-Vertreter Guido Luternauer sogar von «guten Eidgenossen» gesprochen. Anfang März protestierte die Junge SVP Kanton Waadt in Lausanne mit einer Kundgebung «zum Schutz unserer Lehren» gegen die Ankündigung der Lausanner Stadtregierung, jugendlichen Sans-Papiers Lehrstellen in der Verwaltung zu ermöglichen. Dem Aufruf folgten rund 20 Personen, die Hälfte davon waren Naziskins und Mitglieder der Jeunes Identitaires Genevois.

Der Präsident der Jungen SVP Kanton Luzern, Anian Liebrand, bedient sich regelmässig krudester Neonazi-Rhetorik, so auch 2010: An der Delegiertenversammlung der Jungen SVP Schweiz am 8. Mai in Luzern polterte er in seiner Eröffnungsrede gegen «Drogenabhängige, Roma-Bettler und weitere Fremdvölker», die das Luzerner Stadtbild prägten. «Mit patriotischen Grüssen» versandte er am 18. August das neue Positionspapier seiner Sektion. Eine unappetitliche Kostprobe des fremdenfeindlichen Elaborats: «Die unkontrollierte Zuwanderung kulturfremder Ausländer, insbesondere Muslime, führt zu Parallelgesellschaften und Ghettobildungen und beschert unserem Land ein immer grösseres Schlamassel.»

Mit einer Sprengfallen-Drohung und der Aussetzung einer Belohnung von 500 Schweizer Franken hatte der Vorsitzende der PNOS-Sektion Willisau, Michael Vonäsch, auf den Farbanschlag gegen das Winkelried-Denkmal in Sempach Ende Juni und den Klau eines dort niedergelegten Gedenkkranzes Anfang Juli reagiert. Sukkurs erhielt Vonäsch umgehend von der SVP: In der von Liebrand redaktionell betreuten Parteizeitung «SVP Kurier» war Simon Ineichen – ebenfalls aus Willisau – des Lobes voll für die PNOS, «welche der Luzerner Justiz unter die Arme greift», «das Denkmal zu würdigen weiss und Ordnung und Sitte wieder hergestellt sehen will».

Der Walliser Messias

Der grösste Medienrummel war 2010 zweifellos dem Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger gewiss, der mit seiner Anti-Islam-Haltung gerne auf Europatournee geht und sich dabei von seiner rechtsextremen Zuhörerschaft wie ein Popstar empfangen und beklatschen lässt. Am 9. Oktober hielt Freysinger im belgischen Parlament in Brüssel ein Referat mit dem Titel «Der Islam – eine Bedrohung?». Als Türöffner amtete Filip Dewinter, Präsident der rechtsextremen Partei Vlaams Belang. Am 18. Dezember war Freysinger Stargast am Pariser «Kongress gegen die Islamisierung unserer Völker», zu dem der französische neofaschistische Bloc Identitaire geladen hatte. Er präsentierte sich dem Publikum als «helvetischer Asterix» und warnte, dass die «imperialistische Ideologie des Islam» in Europa auf «eine geistige und spirituelle Wüste» stosse und deshalb ein leichtes Spiel habe.

Und der SVP-Lehrer Freysinger hat fleissige Schüler in seinem Heimatkanton: Die beiden CO-Präsidenten der Jungen SVP Unterwallis, Grégory Logean und Patrice Thomas, nahmen am 2. November einen Anschlag auf eine Kirche in Bagdad zum Anlass, in einer Medienmitteilung ein «Monitorium für die Einwanderung von Muslimen, die aus Ländern kommen, in denen solche barbarische Akte verübt werden», zu fordern.

**PNOS:
Zehnjährige Kontinuität**

Die extreme Rechte im engeren Sinne – PNOS, Naziskin-Subkultur und der Kreis der Holocaustleugner – schwächelte auch 2010 und bestätigte den bereits im Vorjahr diagnostizierten Trend zur Stagnation. Die im Jahr 2000 gegründete PNOS kann für sich zwar reklamieren, seit zehn Jahren ununterbrochen im Polit-Geschäft zu sein – eine Kontinuität mit höchstem Seltenheitswert innerhalb der Neonazi-Szene. Dennoch machte die rechtsextreme Partei, deren harter Kern aus einer Handvoll Aktivistinnen und Aktivisten besteht, im Jubiläumsjahr keine besonders gute Figur. Das sah ihr Vorstandspräsident Dominic Lüthard freilich zu Jahresbeginn anders. Der Gratiszeitung «20 Minuten» erklärte er vollmundig: «So stark wie jetzt waren wir noch nie.» Und: «Wir sind jetzt deutlich mehr Aktivisten, vor allem junge Leute interessieren sich für uns.»

Von diesem frischen Wind war spätestens bei den Grossratswahlen Ende März nichts mehr zu spüren: Die Partei war mit zwei Kandidaten (Dominic Lüthard, Raphael Würgler) und einer Kandidatin (Denise Friederich), alle drei wegen Delikten wie Landfriedensbruch oder Verstoss gegen die Rassismus-Strafnorm vorbestraft, in die Wahlen gestiegen, um sich für eine «konsequente Rückführung krimineller Ausländer» stark zu machen. Offensichtlich rechnete sich das PNOS-Trio gewisse Chancen aus, wie die Januar-Ausgabe des Parteiblatts «Zeitgeist» verrät: «Es steht ausser Frage, dass es kein Ding der Unmöglichkeit ist, einen der 160 Sitze (…) zu erringen.» Der Wahlsonntag, 28. März, brachte ein böses Erwachen: Die PNOS fuhr eine fette Wahlschlappe ein. Bloss 1,8 Prozent (Wahlkreis Oberaargau) bzw. 0,6 Prozent (Wahlkreis Emmental) der WählerInnen hatten ein Herz für den «eidgenössischen Sozialismus».

Anfang März – wenige Wochen vor den Wahlen – machte Lüthard nicht gerade Werbung in eigener Sache: Als Sänger der Band «Indiziert» hätte er, der sich im Wahlkampf auffällig brav und bieder gab, am rechtsextremen «No surrender»-Konzert im Osten Deutschlands auftreten sollen. Die Polizei machte «Indiziert» einen dicken Strich durch die Rechnung und löste den vom internationalen Neonazi-Netzwerk «Blood & Honour» organisierten Anlass kurzerhand auf.

Neues Führungsmodell – unkonventionelles Directmarketing

Am 17. April hat die PNOS in der Alten Mühle in Langenthal ihre erste Generalversammlung abgehalten und sich als Verein konstituiert. Die rund 30 Anwesenden verabschiedeten die neuen Statuten, wählten Dominic Lüthard zum neuen Parteipräsidenten und Denise Friederich zu seiner Stellvertreterin. Bislang hatte ein Bundesvorstand mit drei bis fünf Mitgliedern die Geschicke der Partei geleitet – ein offenbar wenig erfolgreiches Modell. Denn: Durch die Umstrukturierung erhofft sich die PNOS, «einen einschlägigen Kurs zu finden und diesen dann auch geradlinig zu fahren.»

Im Frühling betrieb die PNOS zudem unkonventionelles, wenn auch sehr zielgruppenspezifisches Mitgliedermarketing: Rund 1000 Schweizer Adressen hat ein Antifa-Hack gegen den Online-Versand des deutschen Nazi-Modeherstellers Thor Steinar an die Öffentlichkeit gezerrt. 600 von ihnen erhielten Werbepost von Dominic Lüthard, inklusive PNOS-Gadgets und Einzahlungsschein. Lüthard suhlte sich danach in Selbstgefälligkeit: «Die Rückmeldungen waren enorm. Unser Mediensprecher hatte Anfrage um Anfrage zu beantworten – fast ausschliesslich positive.»

Die PNOS instrumentalisiert den Tag der Arbeit gerne für ihre Zwekke, im Berichtsjahr jedoch mit bescheidenem Erfolg: Ein kleines Häufchen von PNOS-Aktivisten machte sich am 1. Mai in Thun daran, anlässlich der offiziellen Gewerkschaftsdemonstration Flugblätter zu verteilen. Die «verhaftungswütige Thuner Polizei» (Originalton PNOS Berner-Oberland) stoppte die Provokation unverzüglich und hielt die Rechtsextremisten, die ihre Aktion zuvor auf «Facebook» vollmundig angekündigt hatten, mehrere Stun-



Philippe Eglin am 1 Mai 2011 im bayrischen Schweinfurt.

den fest. Besser in Szene setzen konnte sich der Basler PNOS-Sektionspräsident Philippe Eglin, der am 1. Mai als Redner an einer NPD-Kundgebung im bayerischen Schweinfurt auftrat. Dabei soll er, so der Eintrag in einem Neonazi-Forum, «für die Einigkeit zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz» eingestanden sein.

Bildung für Naziskins

Ihren hohen Anspruch, als ernsthafte politische Partei aufzutreten und die zuweilen bierselige wie gewalttätige Naziskin-Subkultur zu politisieren, versucht die PNOS, unter anderem mit Bildungsveranstaltungen einzulösen. So auch am 6. Juni: Gemeinsam mit ihrer Jugendorganisation, der «Helvetischen Jugend» (HJ), führte die PNOS-Sektion Berner Oberland einen «Schulungsnachmittag zu den Aufgaben und Pflichten eines nationaldenkenken (sic!) Menschen» durch. Der langjährige Berner Neonazi-Aktivist und Kopf der völkisch-heidnischen Avalon-Gemeinschaft, Adrian Segessenmann, hielt den rund 30 Zuhörerinnen und Zuhörern eine eigentliche Standpauke. Ein Auszug: «National denken, handeln und fühlen umfasst mehr als ein abenteuerreiches Wochenende, der Konsum von ‚Rechtsrock' oder das Tragen szenetypischer Kleidung.» Dasselbe Referat hielt Segessenmann am 24. Oktober auch an einem Schulungsnachmittag der PNOS-Sektion Schwyz in Goldau.

Seit dem 6. Juni verfügt die PNOS über ein Infoportal für den Kanton Zürich, das «die Politik der PNOS in den bevölkerungsstärksten Kanton tragen» soll. Verantwortlich zeichnet Jürg Vollenweider, der, so die PNOS, «weltanschaulich voll auf der Linie der Partei politisiert». Mit demselben Modell – der Vorstufe zur Sektionsgründung – ist die PNOS seit November 2009 auch im Kanton Aargau präsent.

Sempach: Aufmarsch ohne Publikum

Die PNOS nutzt offizielle Schlacht- und Gedenkfeiern gerne als Plattform für medienwirksame Auftritte. Der Kanton Luzern beschränkte seine Festivitäten deshalb am 26. Juni in Sempach auf einen schlichten Gottesdienst. «Dieses Trauerspiel» wollte die PNOS «nicht auch noch durch ihre Anwesenheit unterstützen» und rief zu einer «Ersatzveranstaltung» auf. Rund 200 Neonazis marschierten am 3. Juli – in totaler Isolation und bei widrigen Wetterbedingungen – zum Winkelried-Denkmal, das wenige Tage zuvor mit roter Farbe versprayt worden war. Adrian Segessenmann hielt eine Ansprache, die Anwesenden sangen die alte Landeshymne und legten einen Gedenkkranz nieder – den linke Aktivistinnen und Aktivisten noch am selben Tag entfernten.

Die PNOS antwortete mit einer erneuten Kranzniederlegung, sekundiert von der «Kameradschaft Innerschweiz», die ihrerseits in Sempach eine Flugblattverteilaktion startete. O-Ton: «So nicht. Duldet keine linken Schandtaten.» Und: Der Vorsitzende der PNOS Willisau, Michael Vonäsch, liess sich in einer Medienmitteilung vom 7. Juli zu einer üblen Drohung hinreissen (siehe auch oben): «Wir überlegen uns im nächsten Jahr eine Sprengfalle an der gestohlenen Sache anzubringen.» Auch kündigte er an: «Weiter werden Linksaktivisten in den nächsten Monaten im Kanton Luzern nichts zu lachen haben. Sie werden Sippenhaft übernehmen müssen.» Die Luzerner Strafuntersuchungsbehörden leiteten daraufhin eine Voruntersuchung gegen die PNOS Willisau ein. Tage später stellte das Amtsstatthalteramt das Verfahren ein. Begründung: Der Tatbestand «Schrecken der Bevölkerung» sei nicht erfüllt.

«Keine gute Prognose» für Eglin

Gerichtstermine waren auch 2010 fester Bestandteil des PNOS-Jahreskalenders. Am 22. Juli verurteilte das Strafgericht Basel Philippe Eglin wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm zu 90 Tagessätzen à 120 Schweizer Franken. Eglin hatte im Juni 2009 das Tagebuch der Anne Frank als «geschichtliche Lüge» bezeichnet, die zur «Holocaust-Indoktrination» von Kindern diene. Ein knapper Monat vor dem viel beachteten Prozess war Eglin als Präsident der PNOS-Sektion Basel zurückgetreten und hatte dem bisherigen Kassier Michael Herrmann Platz gemacht. Ein für die PNOS typisches Verhaltensmuster: Ihre Exponenten rücken oft in die zweite Reihe, sobald sie in ein Strafverfahren verwickelt sind und damit dem Parteiimage schaden. Eglin zeigte sich nach der Gerichtsverhandlung völlig uneinsichtig. Es sei «traurig für die Schweizer Eidgenossenschaft, dass man die freie Meinung unterdrücken» lasse.

Weitere «bad news» für Philippe Eglin: Am 25. August schloss ihn der Jugendrat in Liestal von den Sitzungen des Baselbieter Jugendparlaments aus. Begründung: Eglins Verhalten ausserhalb des Parlaments sei nicht mit dessen Kodex vereinbar. Dieser besagt, dass rassistische und beleidigende Statements in krassen Fällen auch ausserhalb der Sitzungen einen Ausschluss rechtfertigen.

«Rufst du mein Vaterland»

In gewohnten Bahnen verlief das zweite fixe Aufmarschdatum der PNOS. Gegen 150 Rechtsextreme – weniger als auch schon – spulten am 8. August auf dem Rütli ihre Version der Nationalfeier ab und missachteten einmal mehr die Hausordnung der Rütlikommission. Die Ingredienzien der PNOS-Party, zu welcher dieses Jahr auch der Waldstätterbund geladen hatte: Patriotische Reden, patriotisches Liedgut und die Erneuerung des Rütlischwurs. Als Rednerinnen und Redner traten Dani Herger, Vorsitzender der PNOS Schwyz und Exponent des «Waldstätterbund», Roland Renggli, ehemaliges Mitglied des PNOS-Bundesvorstandes, Jürg Vollenweider, der Betreuer des PNOS-Infoportals Zürich (siehe oben), sowie die PNOS-Vizepräsidentin Denise Friederich auf.

Kein Aufwand gescheut: Ihr 10-Jahre-Jubiläum beging die PNOS ganz offiziell mit einem reich befrachteten Parteitag am 4. September in Biel. Die unter anderem vom JSVP-Mann Anian Liebrand betreute Internetzeitung «info8.ch» jedenfalls war in ihrem «Exklusivbericht» hell begeistert: «Das abwechslungsreiche Programm liess die gegen 250 anwesenden nationalen Herzen (aus dem In- und Ausland, d.A.) höher schlagen.» Der Reihe nach traten der PNOS-Präsident Dominic Lüthard, Pascal Trost, einst Mitglied der Freiheitspartei und der SVP und heute Verantwortlicher des PNOS-Infoportals Aargau, sowie Robert Faller, Bundesgeneralsekretär der österreichischen Nationalen Volkspartei (NVP) ans Rednerpult. Für musikalische Unterhaltung sorgten die süddeutsche Balladensängerin Tanja und Frank Rennicke, der bekannteste rechtsextreme Liedermacher aus Deutschland und Mitglied der NPD.



Adrian Segessenmann (rechts) auf dem Weg zum Sempacher Denkmal

Am 1. Oktober sah sich die jubilierende PNOS bereits wieder in ein schiefes Licht gerückt: Das Urner Obergericht bestätigte ein erstinstanzliches Urteil gegen Markus Martig, einstiger Exponent der PNOS Emmental und Hammerskin, und überband ihm die Verfahrenskosten von 4900 Schweizer Franken. Martig hatte in seiner Ansprache an der PNOS-Feier am 5. August 2007 auf dem Rütli zuerst seinen Vorredner, den Westschweizer Holocaust-Leugner Philippe Brennenstuhl, gelobt und später behauptet, die Rassismus-Strafnorm sei installiert worden, «um eine geschichtliche Lüge zu stützen». Das Landgericht Uri hatte ihn deswegen am 16. September 2009 zu einer bedingten Geldstrafe und einer Busse verurteilt – ein Entscheid, den Martig nun vor Obergericht vergeblich anfocht.

Mässig erfolgreiche Trittbrettfahrt

Am 9. Oktober machte ein «breit abgestütztes, überparteiliches Komitee» (Eigenwerbung) aus PNOS, Autopartei und Schweizer Demokraten gegen den geplanten Bau eines Minaretts in Langenthal mobil – und versuchte so, aus der aufgeheizten Stimmung im Oberaargau Profit zu schlagen: Der Kanton Bern hatte zuvor grünes Licht für den Bau des Minaretts gegeben, da die Baubewilligung noch vor dem Minarettverbot erteilt worden war. Die Akteure am rechten Rand blieben weitgehend unter sich. Rund 150 Personen, hauptsächlich Neonazis und Naziskins, folgten dem Aufruf zur Kundgebung. Neben PNOS-Chef Dominic Lüthard wandten sich Markus Borner, Präsident der Schweizer Demokraten des Kantons Basel-Stadt, Autopartei-Exponent Willi Frommenwiler sowie Pierre Singer, ehemaliges Mitglied der Freiheitspartei, per Megafon ans Publikum. Am Schluss der Kundgebung fegte Lüthard mit einem Besen unter Applaus fünf Papierminarette von einem roten Tablett mit Schweizerkreuz.

Eine Aktion mit juristischem Nachspiel: Eine Privatperson hat Lüthard wegen Verstosses gegen die Rassismus-Strafnorm angezeigt. Die Begründung: Dessen Handlung stelle ein Plakat der Nationalen Front aus den 1930er-Jahren nach, auf dem ein grosser Besen unter dem Motto «Wir säubern» Juden, Freimaurer und Linke aus dem Land wischt. Im Jahr 2003 war bereits die damalige PNOS Aargau mit einer Adaption dieses Plakats in den Wahlkampf gestiegen. Nachtrag Mai 2011: Das Verfahren wurde in der Zwischenzeit eingestellt.

Zweite Wahlpleite

Auch Dominic Lüthards zweiter Versuch 2010, ein politisches Amt zu ergattern, war chancenlos: Der angepeilte Sitz in der Roggwiler Bildungskommission blieb ihm verwehrt. Der PNOS-Präsident hatte sich vor den Wahlen am 31. Oktober – ganz unverfänglich – als Familienmensch, Musiker und engagiertes Vereinsmitglied präsentiert. Die Biedermann-Masche zog nur mässig: 68 von 2664 Stimmberechtigten warfen eine unveränderte PNOS-Liste ein, von anderen Listen erhielt Lüthard 147 Zusatzstimmen.

Gegen 100 Rechtsextremistinnen und -extremisten beteiligten sich am 13. November an der Schlachtfeier in Morgarten. Zum Heldengedenken aufgerufen hatten PNOS und «Waldstätterbund». Im Schein der Fackeln ergriffen Daniel Herger, Philippe Eglin sowie «zwei Kameraden aus der Urschweiz» das Wort. Der PNOS-Berichterstatter war nach vollendeter Eidgenossen-Huldigung ganz entflammt: «Nicht nur unsere Fackeln brannten in einer sternklaren Nacht, sondern auch unsere Herzen nahmen das Feuer auf, das Feuer für eine bessere Zukunft!» Das angekündigte «musikalische Abendprogramm» in Goldau bestritt die Rechtsrock-Band «Indiziert» um Sänger Dominic Lüthard.

Naziskins: Gedenken, schulen, singen

Still geworden ist es – zumindest in der Schweiz – um die beiden traditionellen Naziskin-Organisationen «Hammerskins» und «Blood & Honour». Markant mehr Aktivitäten entfalteten hingegen zwei Gruppierungen aus dem direkten Umfeld der PNOS: die «Helvetische Jugend» (HJ) und der «Waldstätterbund». Die HJ lud am 13. Mai zum «Plauschhornussen» ins Emmental – 30 Neonazis frönten dem «urschweizerischen Mannschaftsspiel» – und am 6. Juni zum «Schulungsnachmittag» ins Berner Oberland (siehe oben). Am 5. September gedachten ein Dutzend HJ-Aktivisten im Berner Oberland den «gefallenen Berner Oberländer Soldaten des Ersten Weltkrieges».

Der «Waldstätterbund» wartete in der zweiten Jahreshälfte mit einem bunten Mix aus Gedenkanlässen, Vorträgen und geselligen Events auf. Am 3. Oktober führte er bereits zum dritten Mal in Stans eine «Gedenkfeier zum Franzosenüberfall von 1798» durch. Am 11. Dezember veranstaltete er – ebenfalls im Kanton Nidwalden – einen Vortrag zum Thema «Europas Bedrohungen – einst und heute», am 17. Dezember einen «Lieder- und Kameradschaftsabend» in einer Waldhütte bei Küssnacht am Rigi. Am 30. Dezember unternahmen Aktivisten des «Waldstätterbund» einen fünfstündigen «Nacht-

Jahresrückblick 2010

marsch» von Küssnacht am Rigi nach Sempach – mit Zwischenstation beim Schlachtfeld von 1386.

Das Epizentrum der Westschweizer Neonazis lag auch 2010 in Genf: Hier waren es vor allem die «Jeunes Identitaires Genevois», die sich immer wieder in Szene zu setzen wussten. Am 23. Oktober trat ihr Sprecher, Jean-David Cattin, als Redner an einer rechtsextremen Kundgebung in Paris auf. Cattins Auftritt an der Seine kommt nicht von ungefähr: Die Gruppierung unterhält enge Beziehungen zu französischen Gesinnungsgenossen. Am 16. November – im Vorfeld der SVP-Ausschaffungsinitiative – befestigten Mitglieder der «Jeunes Identitaires Genevois» in der Nähe des Genfer Justizgebäudes ein Transparent mit der Aufschrift «Assez de juges laxistes! Oui aux renvois!».
Erstmals in Erscheinung trat 2010 mit diversen kleinen Aktionen die national-revolutionäre Gruppierung «Genève Non Conforme». Zwei Beispiele: Am 20. Oktober wollte die rund zwölf Mitglieder zählende Clique in einer Genfer Altstadtbar eine «Rock 'n' Roll Party» veranstalten. Nach Medienberichten und Aufrufen zu Gegenprotesten wich sie in ein bislang unbekanntes Lokal aus. Am 4. Dezember rief die Gruppe zu einer Kundgebung gegen den «Rassismus der Linken. Gemeinsam für die Befreiung der Völker» in Genf auf. Die rund zehn Teilnehmenden wurden von linken Gegendemonstrantinnen und -demonstranten erwartet – und vertrieben.



Aufkleber der Jeunesse Identitaire Genève

Rare Rechts-Rock-Konzerte

Nazi-Rockers spielten 2010 – hier bestätigt sich ein weiterer Trend vom Vorjahr – nur selten in hiesigen Festsälen und Mehrzweckhallen auf. Zumindest die bekannt gewordenen Konzerte lassen sich an einer Hand abzählen. Am 16. Januar trat die Neonazi-Band «Vargr i Veum», die sich der altgermanischen Musik verschrieben hat, in ihrem Proberaum in Kradolf an einer von 70 Personen besuchten Geburtstagsparty (siehe unten). Die Berner Rechts-Rock-Combo «Indiziert», derzeit mehr mit Familienleben beschäftigt, brachte es auf zwei Auftritte: im März in Wangen an der Aare und am 13. November in Goldau (siehe oben).

Unter «Ausgewählten Ereignissen» listet der Nachrichtendienst des Bundes in seinem Jahresbericht 2010 zudem ein Neonazi-Konzert am 13./14. März in Amriswil auf. Rund 120 bis 150 Personen aus dem In- und Ausland besuchten den Anlass. Die Naziskins hatten den Partyraum unter dem Vorwand gemietet, ein Geburtstagsfest zu feiern. Die rechtsextreme Gruppe «Noie Werte» schliesslich, die zu den ältesten und erfolgreichsten Nazi-Rock-Bands Deutschlands zählt und sich 2010 aufgelöst hat, führt auf ihrer Website auf, am 23. April in der Schweiz aufgetreten zu sein.

Ein Lebenszeichen von sich gaben 2010 die Zürcher Rechts-Rocker von «Amok»: Sie veröffentlichten im Herbst ihren Zweitling «Kraft aus dem Herzen». Produziert wurde das Album, das mit «Für Blut und Boden» auch eine Ehrung für das Naziskin-Netzwerk «Blood & Honour» enthält, von HRD Records aus Roggwil. Das Lied «Rücken für Rükken» spielte «Amok» gemeinsam mit «Indiziert» ein. Zuvor, am 2. Juni, hatte das Amtsstatthalteramt Luzern die vier 22- bis 29-jährigen Band-Mitglieder wegen Drohung, öffentlicher Aufforderung zu Verbrechen oder Gewalttätigkeit und Rassendiskriminierung mit hohen Geldbussen verurteilt. Grund: Auf ihrem 2007 erschienenen Album «Verbotene Wahrheit» hatten sie den Rechtsextremismus-Experten Hans Stutz beschimpft und bedroht und auch den Holocaust geleugnet.

Erfolgreich etabliert hat sich der im Berner Oberland beheimatete Online-Musikversand «Holy War Records», der laut Eigenwerbung «Musik gegen den Zeitgeist» feilbietet. Das breite Angebot – von Rechts-Rock (Rock against Communism, RAC) über Hard-Core bis zu National Socialist Black Metal (NSBM) – stösst offensichtlich auf eine hohe Nachfrage. Viele der angebotenen CD-Titel sind ausverkauft. Wenig aufschlussreich ist der Blick ins Impressum des Versandes: Dort sind ein – bislang unbekannter – «Verein Meinungs- und Redefreiheit in Kunst und Medien» und der PNOS-Aktivist Marcel Gafner – bloss als Strohmann? – aufgeführt, als Kontaktadresse fungiert ein Postfach in Brienz. «Holy War Records» ist fester Bestandteil der Oberländer Neonazistrukturen. So trug der Musikversand die Kosten des PNOS-Schulungsnachmittags am 6. Juni (siehe oben). Auch vertreibt er die deutsche Nazi-Rap-Aktions-CD «Sprechgesang zum Untergang», die PNOS- und HJ-Aktivisten seit letztem Herbst unter die Leute bringen.

Licht aus bei Nazi-Treffs

Treffpunkte und Versammlungslokale spielen eine eminent wichtige Rolle bei der Bildung und Entwicklung von Nazi-Subkulturen. Im Jahr 2010 mussten gleich drei Neonazi-Projekte dichtmachen – zum Teil auch dank antifaschistischer Kampagnenarbeit. Ende Februar schlossen die Langenthaler Behörden den Neonazi-Treff «RAC-Café» auf dem Areal der ehemaligen Porzellanfabrik. Das von der PNOS und Umfeld betriebene Lokal hatte monatelang viel rechtsextremes Party-Publikum angezogen und war auch zum Politikum mutiert – die Nachbarn hatten sich wiederholt über den nächtlichen Lärm beklagt. Bis Ende März musste die Thurgauer Band «Vargr i Veum» ihren Probe- und Clubraum in einer ehemaligen Teigwarenfabrik in Kradolf verlassen. Die rechtsextremen Musiker hatten das Lokal seit über sieben Jahren gemietet. Mehrere grössere Partys mit Gästen aus dem In- und Ausland brachten das Fass nun zum Überlaufen. Dazu der Vermieter im «St. Galler Tagblatt»: «Nach den Treffen hatten wir die Gemeindebehörde am Hals. Zudem sind solche Mieter und die Schlagzeilen in den Medien eine negative Publicity für unsere Gewerbe- und Wohnliegenschaft.»

Eine Premiere: Mit der «Royal Aces Tattoo-Bar» öffnete Mitte Mai in Burgdorf der erste öffentliche Treffpunkt für Neonazis in der Schweiz. Die Fangemeinde der Bar auf «Facebook» sprach Bände: Neben Adrian Segessenmann, Cédric Rohrbach, Schlagzeuger bei «Indiziert», oder Michael Herrmann, Präsident der PNOS-Sektion Basel, zählte auch das PNOS-Führungsduo Dominic Lüthard und Denise Friederich zum Freundeskreis. Sophie Güntensperger, die damalige Freundin des langjährigen Burgdorfer Naziskins Reto Siegenthaler führte das Lokal, dem auch ein Tattoo-Studio – betrieben vom Rechtsextremisten Christian Riegel – angeschlossen war. Zwei Monaten nach der Eröffnung war der Spuk bereits wieder vorbei: Nach einer hartnäckigen antifaschistischen Gegenkampagne und zwei direkten Aktionen schlossen die Behörden das Lokal aus Sicherheitsgründen. Am 19. Oktober wurde gegen Sophie Güntensperger der Konkurs eröffnet.

Seit Anfang September lockt in Kleinbasel der auf Streetwear und Kampfsportartikel spezialisierte Shop «Power Zone» rechtsextreme Kundschaft an: Mit «Thor Steinar» und «Pro Violence» hat er gleich zwei Nazi-Kleidermarken im Sortiment. Trotz teils militanter Gegenproteste halten die beiden Shop-Inhaber Benjamin Winzeler und Lorenzo Zanolari weiterhin an ihrem Angebot fest.

«Bist du ein Nazifeind?»

Auch 2010 zog die rechtsextreme Szene mit Übergriffen, Spray-Aktionen und Wehrsportübungen die Blikke auf sich. Allerdings zählte der Nachrichtendienst des Bundes im Berichtsjahr nur 13 Fälle rechtsextremistisch motivierter Gewalt – ein langjähriger Tiefststand. Zwei Angriffe von erschreckender Brutalität trugen sich gleich zu Jahresbeginn zu: Am 23. Januar schlugen drei rechtsextreme Hooligans in einem Berner Pub zwei andere Gäste zusammen – diese mussten in Spitalpflege gebracht werden. Bei zwei Beteiligten nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor und stellte Waffen und Munition sicher. Mehrere vermummte Nazi-Skins verprügelten am 30. Januar am «Lismerball» in Schwanden GL einen 20-Jährigen, sie hatten ihn zuvor mit «Bist du ein Nazifeind?» angesprochen. Das Opfer musste mit Gesichtsverletzungen und einer Riss-Quetschwunde am Augen-Oberlid ins Universitätsspital Zürich eingeliefert werden. Auf «YouTube» feierte sich der rechtsextreme Klüngel selbstbewusst als «Division Glarnerland – Combat 18» – «Combat 18» war in den 1990er-Jahren als bewaffneter Arm des Neonazi-Netzwerks «Blood & Honour» bekannt geworden. Das Filmchen – der Urheber hat es mittlerweile wieder von der Plattform entfernt – enthielt reichlich Nazi-Symbolik und war mit einem Song der deutschen Nazi-Rock-Band «Landser» untermalt.

Am 1. März kam es in Basel zu einem Übergriff an einem dunkelhäutigen Ausländer. Das Opfer der Aggression wurde erheblich verletzt und musste hospitalisiert werden. Mindestens einer der beiden Angreifer ist ein polizeilich bekannter Rechtsextremist. Mitte Oktober schlugen Nazi-Skins in der St. Galler Metzgergasse mit Fäusten grundlos auf mehrere Schwarze ein, die in der Bar neben ihrem Stammlokal verkehrten. Die Schlägerei, bei der auch die Eingangstüre der Bar zertrümmert wurde, war der traurige Höhepunkt eines wochenlang schwelenden Konflikts. Am 2. November griffen mehrere Neonazis in Genf drei Personen an, die am Rande eines Streitgesprächs zwischen Flavio Pelli und Christoph Blocher gegen die SVP-Ausschaffungsinitiative demonstrierten. Die Polizei nahm zwei Angreifer fest.

Relativ hoch war 2010 die Anzahl der publik gewordenen Sprayereien. Anfang Mai verübten Neonazis einen Spray-Anschlag auf die neue mazedonisch-orthodoxe Kirche in Triengen. Sie brachten Hakenkreuze und einschlägige Zahlencodes an, einmal die Zahl «88» (steht für «Heil Hitler»), einmal «848» («Heil Dir Helvetia»). Auch demolierte die Täterschaft das automatische Fensteröffnungssystem der Kirche. Am 16. Oktober sprühten Unbekannte an diversen Orten in der Briger Innenstadt «Nigger» und «Sieg Heil». Mitte Dezember hinterliessen Gesinnungsgenossen in Moosleerau ihre Spuren: Sie verschmierten eine Bushaltestelle und deren Umgebung mit Zeichen und Parolen, darunter auch mit Hakenkreuzen. Über die Festtage schliesslich drangen rechtsextreme Jugendliche in eine Liegenschaft in Meisterschwanden ein: Sie beschädigten Fensterschieben und hinterliessen Sprayereien: die Inschrift «NSDAP», ein Hakenkreuz und die Waffen-SS-Runen.
Die Affinität der Neonazis zu Waffen und Kampfsport manifestiert sich immer wieder auch in Wehrsportübungen und Kampftrainings. Am 25. April beispielsweise spielten in einem Kieswerk im Kanton St. Gallen neun Rechtsextreme Softair. Dabei kämpften mit Druckluftwaffen ausgerüstete Teams nach militärischen Szenarien gegeneinander.

Holocaust-Leugner: Fleissige Editoren

In die Jahre gekommen: Dem kleinen Kreis der Schweizer Holocaust-Leugner ist es zuletzt kaum gelungen, sich zu erneuern. Einige der zentralen Figuren dürften bald das Zeitliche segnen – der Lausanner Publizist Gaston-Armand Amaudruz etwa feierte 2010 seinen 90. Geburtstag – und damit ihre kruden Theorien mit ins Grab nehmen. Weiterhin gibt die Szene emsig und regelmässig Periodica und Schriften heraus: den «Courrier du Contintent» (Gaston-Armand Amaudruz) beispielsweise, «Le pamphlet» (Claude und Mariette Paschoud) oder auch «Recht + Freiheit» (Ernst Indlekofer). Es ist ein Wirken im Stillen – die Publikationen erreichen nur ein eng begrenztes Publikum.

Wider den «american way of life»: Ein neues Betätigungsfeld schuf sich im Berichtsjahr Bernhard Schaub als Mitbegründer der «Europäischen Aktion». Die «Bewegung für ein freies Europa» mit Zentralsekretariat in Regensdorf und «Stützpunkten» in diversen Ländern will «die US-hörige EU durch eine Europäische Eidgenossenschaft ersetzen, die Europa wieder zum handelnden Subjekt statt zum Spielball der Weltpolitik machen wird». Reichlich Ärger hatte Schaub 2010 privat: Die Freie Waldorfschule Schopfheim schloss im November seine beiden Kinder Sigurd und Solveig fristlos vom Unterricht aus. In einem offenen Brief verlor Schaub die Contenance, er betitelte die anthroposophischen Schulleiter unter anderem als «linksalternatives kryptomarxistisches Pack».

Problematischer Gast: Ende Juni hielt sich der britische Bischof und Holocaust-Leugner Richard Williamson im Unterwallis auf. Er nahm im Weiler Ecône an Priesterweihen der erzkonservativen Pius-Bruderschaft teil. Gegenüber einem schwedischen Fernsehsender hatte Williamson 2008 den Massenmord an den Jüdinnen und Juden während der NS-Diktatur stark relativiert: «Ich glaube, es gab keine Gaskammern.» Das deutsche Amtsgericht Regensburg hatte ihn deswegen zu einer Busse von 10'000 Euro verurteilt.

Hätte Maria abgetrieben,

wärt ihr uns erspart geblieben!

Am 17. September 2011 marschierten rechtskonservative Abtreibungsgegner_innen durch Zürich. Kurz darauf – am 24.09.2011 – besuchte Papst Benedikt XVI. die Stadt Freiburg im Breisgau. Diese geballte Präsenz christlich-fundamentalistischer, rechtskonservativer Kräfte im öffentlichen Raum soll deshalb zum Anlass genommen werden, einen kritischen Blick auf das von ihnen gepredigte Weltbild zu werfen.

Das Hauptanliegen des «Marsches für das Leben» – das Verbot der Abtreibung – ist per se bereits frauenfeindlich. Es leugnet die Entscheidungshoheit einer Frau über ihren Körper und damit deren Recht selbst über Schwangerschaft bzw. den Umgang mit einer – ungewollten – Schwangerschaft bestimmen zu können. Stattdessen sollen Frauen gezwungen werden bei einer Schwangerschaft in jedem Fall ein Kind gebären zu müssen, ungeachtet der Konsequenzen und Einschränkungen, welche für eine Frau damit verbunden sind. Dass Männer, welche in aller Regel bei einer Schwangerschaft nicht ganz unbeteiligt gewesen sind, sich meist einfacher aus der Affäre ziehen können, wird wie vieles andere dabei gerne unter den Teppich gekehrt. Die Tatsache, dass der legale Schwangerschaftsabbruch eine der zentralen Errungenschaften der Frauenbewegung ist und damit eine jartausendealte Praxis aus dem Umfeld von Illegalität und Pfuscherei befreit werden konnte, interessiert dabei nicht. Die 68er-Bewegung muss vielmehr als Sündenbock und Ursache aller gesellschaftlichen Degeneration der modernen Zeit hinhalten.
Aber nicht nur das Selbstbestimmungsrecht heterosexueller Frauen wird von solchen Kreisen gerne mit Füssen getreten. Auch Menschen, die sich nicht in das vorherrschende heteronormative Rollenbild einfügen können oder wollen, sind diesen «Lebenschützer_innen» ein Dorn im Auge. Die Organisation «Christen für die Wahrheit (cft)», welche zu den Organisatorinnen des Marsches für das Leben gehört, schreibt auf ihrer Homepage: «Nachdem Homosexualität bis in die 1970er-Jahre noch als psychische Störung gegolten hatte, beugte sich die [...] Amerikanische Psychiatrievereinigung APA 1973 dem jahrelangen massiven Druck der Homosexuellenlobby und entfernte diese Diagnose ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage aus ihrer Liste.» Die Stigmatisierung homosexueller Einstellung als psychische Krankheit wird dabei gerne zu einem Akt der Fürsorge und Nächstenliebe erklärt: «Dies führte [...] dazu, dass homosexuell empfindende Menschen heute kaum mehr Hilfe erhalten (es ist ja keine Störung mehr) [...].» Diese Verklärung von Homophobie zu einer Haltung von Verständnis und Toleranz spottet jeder Beschreibung und ist nichts anderes als ein Affront gegenüber allen Menschen, welche nicht in das konservative Bild der lebenslangen, heterosexuellen Paarbeziehung passen (wollen).
Ein weiterer wichtiger Organisator des «Marsches für das Leben» ist der Zürcher SVP-Hardliner Daniel Regli, Präsident der «Schweizerischen Familienlobby». Ein Mann, dessen homophobe Einstellung schon fast misssionarischem Eifer geprägt ist. So kämpfte er an vorderster Front gegen die Durchführung der Euro-Pride 2009 in Zürich und brachte damit selbst seine eigene Partei, welche ja nicht unbedingt durch Weltoffenheit besticht, in Erklärungsnotstand.

Patriarchal und Rückständig

Nicht nur Abtreibungen werden von diesen christlichen Hassprediger_innen bekämpft, nein allgemein zeichnet sich ihr Frauenbild durch seit langem veraltete Ansichten aus, die bereits im 18. Jahrhundert von fortschrittlich denkenden Menschen – wie etwa Olympe de Gouges – angeprangert wurden. So propagiert die «Arbeitsgruppe Jugend und Familie», eine weitere Organisatorin des Anti-Abtreibungsmarsches, ein Familienbild, welches sich am besten mit dem Leitspruch: «Frauen zurück an den Herd», zusammenfassen lässt – Orginalton: «Wir wenden uns gegen den schleichenden Zwang seitens des Staates und der Wirtschaft [...] Mütter zur Aufnahme einer ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit zu nötigen.»
Nicht nur ausserhäusliche Erwerbstätigkeit von Frauen sind für diese Organisation unchristliche und abzulehnende Missstände einer dekadenten Gesellschaft. Auch Prostitution, «an Perversität grenzende HIV-Aufklärungskampagnen» und die staatliche Drogenabgabe werden explizit kritisiert. Dass die Doppelmoral christlicher Kreise (Ablehnung der Verhütung mit Kondomen durch die katholische Kirche, unrealistische Forderung lebenslanger treuer Partnerschaften, etc.) nicht unwesentliche Faktoren für die Existenz dieser «Missstände» sind wird dabei geflissentlich ignoriert. Solche Propaganda erweckt vielmehr den Eindruck, dass gewisse Kreise wohl lieber «Sünder_innen» exorzieren, als gesellschaftliche Probleme pragmatisch lösen würden.
Einen weiteren traurigen Höhepunkt aufklärungsfeindlicher, religiöser Verwirrung postulierten die oft Ende 2007. Im Artikel «Wenn Gott keinen Platz mehr haben soll», wurde die Entfernung der Schöpfungslehre gemäss der Bibel aus dem naturwissenschaftlichen Unterricht des Kantons Bern angeprangert. Gleichzeitig wurde dabei der Kreationismus (Lehre von der Entstehung der Welt gemäss der Bibel) zu einer wissenschaftlichen Ansicht hochstilisiert. Ein pseudowissenschaftlicher Erklärungsversuch, welcher der Realität nicht standhalten kann. So leugnen viele Kreationist_innen nicht nur die Existenz der Dinosaurier, nein auch den «Neandertaler» kann es nicht gegeben haben. Die Bezeichung der biblischen Schöpfungslehre als das was es ist, nämlich eine religiöse Fabel, und deren «Verbannung» in das entsprechende Unterichtsfach (Religion) kann von diesen religiösen Spinner_innen nicht akzeptiert werden.

Islamfeindlich und Antisemitisch

Die stets propagierte Toleranz gegenüber verschrobenen religiösen Ansichten endet jedoch spätestens dort, wo diese nicht mehr mit christlichen Werten und der Bibel als Quelle begründet werden. Während die rechtskonservative Christenlobby Zetter und Mordio schreit, wenn christliche Eltern ihre Kinder nicht mehr von gewissen Schulfächern dispensieren lassen können, fordern sie gleichzeitig insbesondere gegenüber dem Islam eine Haltung der Nulltoleranz.
In der letzten Ausgabe der «Schweizerzeit», dem Hetzblatt von SVP-Hardliner Ulrich Schlüer, verteidigt Daniel Regli seinen Parteikollegen und Gesinnungsfreund in Sachen Islamophobie, Oskar Freysinger. Mit der Diffamierung zweier Tagesanzeiger-Journalisten als kommunistische Schreibtischtäter und Wortklaubereien versucht Regli dabei die islamfeindliche Haltung von Freysinger schönzureden. Interessant ist auch die Tatsache, dass Menschen, welche immer gegen die Frauenbewegung hetzen, plötzlich zu entschlossenen Frauenrechtler_innen werden, solange damit antiislamische Propaganda betrieben werden kann. So berechtigt Kritik am politischen Islam und seinen Auswüchsen auch ist, so unsäglich ist im Gegenzug die oft praktizierte Gleichsetzung von «Moslem und Fromm» und die Ignorierung forstschritlicher Strömungen innerhalb des Islams. So erfreuten sich beispielsweise Jüd_innen und Christ_innen in moslemischen Ländern einer gewissen gesicherten Existenz und Religionsfreiheit, während Ketze_innenverfolgung und Hexenwahn in Europa Alltag waren.
Zur Abgrenzung vom «rückständigen und menschenfeindlichen Islam» wird gerne auf die «abendländische Kultur» verwiesen, den Bronn von Aufklärung und Zivilisation. Eine Argumentation, welche an Geschichtsrevisionsimus wohl nur noch durch die Leugnung der Schoah überboten werden kann. Mit derselben Argumentation (Verbreitung der Zivilisation) wurde schliesslich auch der Kolonialismus und die Unterdrückung der halben Welt durch europäische Besatzungsmächte gerechtfertigt. Ebenfalls gerne Verschwiegen wird der Fakt, dass zur «abendländischen Kultur» auch Kreuzzüge, die Zwangschristianisierung Spaniens und insbesondere der christliche Antijudaismus, der Vorläufer des- und ein zentraler Faktor für den nationalsozialistischen Rassenantisemitismus, gehört. Der christliche Antijudaismus ist dabei auch Hauptursache für unzählige antisemitische Pogrome und die Jahrhundertelange Marginalisierung und Stigmatisierung jüdischer Menschen in Europa. Unter diesen Voraussetzungen unkritisch eine «abendländische Tradition» als Mass aller Dinge zu beschwören, kann deshalb mit gutem Gewissen als strukturell antisemitisch bezeichnet werden.

Und was sagt der Papst dazu?

Aber nicht nur einige verquere «Lebensschützer_innen propagieren dieses rechtskonservative, christlich-fundamentalistische Weltbild. Auch Joseph Ratzinger, besser bekannt unter seinem Künstlernamen Papst Benedikt XVI., vertritt eine Weltvorstellung, welche an Rückständigkeit schwer zu überbieten ist. Das Oberhaupt der katholischen Kirche predigt seinen Schäflein Werte, welche sich ohne Probleme mit denjenigen der «Lebenschützer_innen» messen lassen, diese in einigen Punkten sogar noch negativ überbieten. Im rechtskonservativen Männerbund der katholischen Kirche kommt Joseph Ratzinger eine besondere Rolle als Vertreter der fortschritsfeindlichsten Elemente innerhalb dieser Institution zu. So erschien ein Artikel Ratzingers mit dem Titel «Freiheit und Wahrheit» im Buch «1848 – Erbe und Auftrag», publiziert vom extrem rechten Aula-Verlag. Herausgeber des Werkes ist unter anderem Otto Scrinzi, ehemaliger SA-Sturmführer. Auch sonst ist das Autorenverzeichnis eine Art Hall of Fame deutschsprachiger Rechtsextremer. Zitiert wurde Ratzingers Beitrag etwa von Holocaustleugner Horst Mahler im Prozess gegen einen anderen Holocaustleugner. Vor seiner Wahl zum Papst, war Ratzinger jahrelang Chef der Glaubenskongregation (Nachfolgeinstitution der Inquisition) und bekämpfte in dieser Funktion die lateinamerikanische Befreiungstheologie, eine gesellschaftkritische, sozialistische Strömung innerhalb der katholischen Kirche. Ebenfalls in seiner Funktion als Chef der Glaubenskongregation unterzeichnete Ratzinger 2005 eine Verfügung, welche Menschen, die entweder «Homosexualität praktizieren, «homosexuelle Tendenzen haben» oder «eine sogenannte homosexuelle Kultur unterstützen», von Priesterseminaren und und den heiligen Weihen ausschliesst.

Auch die Sympathie Benedikt XVI. für Faschist_innen aus aller Welt ist nicht zu leugnen. Im Oktober 2007 sprach er 498 Franco-Anhänger selig, die Heiligsprechung weitere Faschisten, wie etwa diejenige von Pius XII. (Papst von Mussolinis Gnaden) ist in Vorbereitung. Lebende Faschisten sind beliebte Gäste, wie etwa der kroatisch-faschistische Sänger Marko Perkovic im November 2009.
In Sachen Antisemitismus ist Ratzinger sogar noch eine Stufe schlimmer, als die «Lebenschützer_innen». Mit der Wiedereinführung der lateinischen Messe 2007 wurde auch die judenfeindliche Karfreitagsführbitte «für die perfiden Juden (Oremus et pro perfidis Judae)? wieder eingeführt, wobei das perfide nach Protesten gestrichen wurde. Dieses Gebet ist nicht nur aufs tiefste antisemtisch, sondern war auch häufig Auslöser für antijüdische Pogrome. Ein weiterer Meilenstein in dieser Richtung war auch die Wiederaufnahme der rechtsextremen Piusbruderschaft in den Schoss der Mutter Kirche im Jahre 2009. Die Piusbruderschaft widersetzt sich nicht nur den Beschlüssen des 2. Vatikanischen Konzils, in welchem nach dem zweiten Weltkrieg eine Wiederannähreung der katholischen Kirche an andere Religionen – insbesondere das Judentum – beschlossen wurde, sondern beherbergt auch bekennende Holocaustleugner, wie etwa Richard Williamson in ihren Reihen.

Fazit

Für alle Menschen, welche sich auf die fortschrittlichen Errungenschaften christlich-jüdischer Tradition (Aufklärung, etc.) beziehen, stellt die Existenz dieser rechtskonservativen und rückständigen Fundamentalist _innen nichts weniger als eine Beleidigung dar. Ihre vorsintflutlichen Ansichten und emanzipationsfeindlichen Forderungen müssen entschieden bekämpft und ihr christlich-religiöses Deckmäntelchen für die von ihnen gepredigte rechtsradikale Scheisse in der Öffentlichkeit zerissen werden. Selbstihr eigener Anspruch, die Verteidiung «fortschrittlicher abendländischer Errungenschaften» gegen die islamistische Bedrohung, ist zum Scheitern verurteilt. Denn die Bekämpfung der menschenverachtenden Ansichten des politischen Islams wird niemals mittels einer Ideologie gelingen, welche sich nur in einzelnen Details (wie den konkreten Strafen für dieselben Sünden oder der maximalen Anzahl zu unterdrükkender Ehefrauen) von den Ansichten etwa der Taliban, unterscheidet.
Keine religiöse Ausrede auf dieser Welt rechtfertigt die Unterdrückung Andersdenkender oder die Indokritinierung von Menschen mit solchen Wertvorstellungen. Religiöse Überzeugungen sind Privatsache und haben weder im öffentlichen Raum noch in der Schule oder anderen säkularen Institutionen etwas zu suchen.

Was bisher geschah

Antirep Demo
Am Samstag, 4. Juni 2011, mobilisierten mehrere Gruppierungen für eine Anti-Rep-Demo in Bern. Nach einem lautstarken Umzug durch die Stadt wurde die Demo in der unteren Altstadt eingekesselt, mit Gummischrot, Tränengas und Pfefferspray angegriffen und über Stunden in der Junkerngasse eingekesselt. Die Folgen von dieses Angriffs: zahlreiche verletze Demonstrantinnen und Demonstranten. Rund 200 Personen wurden anschliessend auf den Polizeiposten im Neufeld gebracht. Dort angekommen mussten die Gefangenen bis zu vier Stunden gefesselt im Kastenwagen warten. Sie konnten während dieser Zeit weder auf die Toilette gehen, noch etwas trinken. Diese garstigen Umständen zeigen, dass der Widerstand gegen die staatliche Repression berechtigt und nötig ist.

Der Menschenrechtsverein Augenauf Bern hat aufgrund von Berichten von Betroffenen die Geschehnisse dokumentiert und verlangt nun mittels einer Aufsichtsbeschwerde eine Untersuchung der Geschehnisse, insbesondere der Amts- und Machtmissbräuche.

«Mal richtig abschalten»
Vom 11. - 13. Juni 2011 hiess es in Bern und Mühleberg «mal richtig abschalten». Mit Konzerten, Slam Poetry, Comedy, Workshops und Filmen am Pfingstfestival vor der BKW sowie drei Velokarawanen aus den «Restrisiko-Regionen» Bern, Biel und Fribourg an die Grossdemonstration vor dem AKW Mühleberg unterstrichen die AktivistInnen und SympathisantInnen der AKW-ADE-Mahnwache beim Viktoriaplatz Bern, ein weiteres Mal ihre Forderung :sofortige und endgültige Ausserbetriebnahme des in die Jahre gekommenen flut- und erdbebenunsicheren AKW Mühleberg. Höhepunkt dieses Politwochenendes war zweifelsohne die Velo-Karawanen nach Mühleberg. Über 3500 Personen folgten dem Aufruf und radelten nach Mühleberg um ihren Missmut gegenüber dem maroden Kraftwerk auszudrücken.

«Ganz Fest gegen Rassismus»
Am Samstag, 10. September 2011, verwandelte der als «Familien-Fest» getarnte SVP-Wahlkampfpropaganda-Aufmarsch auf dem Bundesplatz die Berner Innenstadt in einen temporären Polizeistaat. Über 1000 PolizistInnen und Polizisten schützten den Anlass der fremdenfeindlichen SVP. Jeglicher Protest gegen die menschenverachtende Politik der SVP wäre wohl umgehend im Keim erstickt worden. Unzählige junge Menschen und Leute, die nicht in das Schema der Polizei passten, wurden kontrolliert, wahlweise mit einer schriftlichen oder mündlichen Wegweisung aus der Stadt verbannt. Nicht so in der Reithalle: Die Reitschule und halts-maul.ch organisierten das «Ganz Fest gegen Rassismus», eine Gegenveranstaltung zum nationalkonservativen «Familienfest». Zahlreiche Workshops, Vorträge, Konzerte und feines Essen wurde den Gästen geboten. Ein gelungener Mix aus Politik und Kultur. Das Fest war ein voller Erfolg.

Big City Kick Bern vom 24. September 2011
Am Samstagnachmittag, 24. September 2011, versammelten sich rund 50 Menschen, um für einmal nicht auf Rasen, sondern auf Asphalt zu kicken. Dafür bot sich die Neuengasse in Bern mit ihren zwei Toren – die Eingänge von Mc Donalds und Burger King – bestens an. Gespielt wurde mit Softbällen, um keinen grösseren Sachschaden zu provozieren. Ziel dieser spielerischen Aktion war es, den Konsum in der gesamten Gasse, vor allem in den zwei genannten Lokalen, einzuschränken, bzw. zu verunmöglichen. PassantInnen sollten dazu animiert werden mitzukikken, statt ihren Teil zum Produktions- und Konsumkreislauf beizutragen

Mühleberg wieder am Netz
Am Montag 26. September 2011 wurde der Schrottreaktor Mühleberg wieder hochgefahren und an das Netz geschlossen. Trotz gravierenden Mängel an den Sicherheitssystemen und breitem Protest in der Bevölkerung will die BKW mit dem Schrottreaktor den Aktienindex wieder auf Kurs bringen.
Gut 400 Personen trafen sich spontan vor der Heiliggeistkirche in Bern. Die Demo führte via Bundesplatz zum Viktoriaplatz, dem Hauptsitz der BKW. Die Forderung der DemonstrantInnen war klar: «Schrottreaktor – Mühleberg sofort wieder vom Netz!»

«Schluss mit der Heuchelei»
Unter diesem Motto demonstrierten am Samstag 1. Oktober rund 5000 Personen gegen die Haltung der schweizerischen Politik gegenüber Sans-Papiers: Einerseits nimmt man ihre Arbeit gerne in Anspruch, andererseits werden ihnen die Grundrechte offiziell verweigert. Über 100'000 Personen leben in der Schweiz in dieser Situation. Im Anschluss an die friedliche Demo fand auf der Schützenmatte ein gut besuchtes Openair unter dem Motto «Grenzen sprengen statt.»

Kapital dem Kampf!

Zaster, Kohle, Money... Auch wir kommen leider nicht ohne aus. Das Magazin lautstark!, die Website, Flyer, Flugis und die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur müssen bezahlt werden. Deshalb sind wir auch über finanzielle Solidarität dankbar!



(Spenden)-Postkonto: 84-472259-7
Vermerk: Spende
Oder einfach Geld in ein Kuvert packen und an folgende Adresse schicken: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern

Lieben Dank allen SpenderInnen!

ATOMKRAFT? NEIN DANKE

Soliabo

Das «lautstark!» kann auch abonniert werden. Schicke Fr. 20.– an:

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern

Und du erhältst die nächsten drei Antifa-Zeitungen bequem in deinen Briefkasten.

Impressum:

Redaktion, Bilder und Layout: Antifa Bern
Auflage: 6000 Stück.
Das «lautstark!» erscheint dreimal jährlich.
Erscheinungsdatum: 14. September 2010
Kontakt: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern
Web: www.antifa.ch
E-Mail: info@antifa.ch